

Juli 2020

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf

Genfer Großwetterlage

Entwicklungen in den Genfer Internationalen Organisationen Mitte Mai – Mitte Juli

Olaf Wientzek, Diana Peters, Sarah Ultes, Theresa Landmann

Die „Genfer Großwetterlage“ wirft in unregelmäßigen Abständen einen Blick auf ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen.

Seit Mitte Mai geht es im internationalen Genf hoch her: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die weiterhin mit dem Kampf gegen COVID-19 und der Umsetzung der Forderungen der Weltgesundheitsversammlung (WHA) zugange ist, musste mit dem Austrittsantrag der USA einen schweren Schlag verkraften. In der Welthandelsorganisation (WTO) hat das Rennen um die Nachfolge des zum 31. August ausscheidenden Generaldirektors Azevedo Fahrt aufgenommen. Parallel kommt in den Genfer Organisationen das Tagesgeschäft wieder auf Touren – unter anderem gab es mehrere kontroverse Debatten beim Menschenrechtsrat.

Welthandelsorganisation – Offenes Rennen um Führungsposten

Nach dem überraschenden Rücktritt von WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo zum 31. August rückte die Nachfolgefrage in den Fokus. Bis zum Ende der Bewerbungsfrist am 8. Juli reichten insgesamt acht Kandidaten, davon drei Frauen, ihre Bewerbung ein. Gleich drei Kandidaturen kommen aus Afrika: Ngozi Okonjo-Iweala (Nigeria), Amina Mohamed (Kenia) und Abdel-Hamid Mamdouh (Ägypten). Weitere Kandidaten sind: Jesus Seade Kuri (Mexiko), Yoo Myung-hee (Rep. Korea), Tudor Ulianoschi (Moldau), Mohamed Maziad Al-Tuwajiri (Saudi-Arabien) und Liam Fox (Vereinigtes Königreich)¹.

Die Entscheidung über die Kandidatur muss im Konsens fallen. Von Experten ist der Leitsatz zu vernehmen, dass ein Kandidat gleichzeitig für die USA, die EU und China akzeptabel sein müsse, und von Indien nicht blockiert werden dürfe – eine hohe Hürde. Entsprechend spielen bei der Kandidatenwahl neben der fachlichen Qualifikation, dem politischen Gewicht auch geographische Überlegungen eine erhebliche Rolle: Einige Länder forderten nach dem Brasilianer Azevedo einen Kandidaten aus einem Industrieland. Hingegen argumentierte nicht nur die afrikanische Gruppe, dass es Zeit für den ersten afrikanischen Generaldirektor der WTO sei. Wieder andere Stimmen fordern, es sei Zeit für die erstmalige Wahl einer Frau.

Auffällig: Aus der EU wird kein Kandidat ins Rennen geschickt, obwohl die Namen mehrerer hochrangiger Frauen und Männer im Gespräch waren. Auch der irische EU-Handelskommissars Phil Hogan (EVP), hatte durchaus sein Interesse an dem Posten durchblicken lassen. Als in Genf bereits mit der Kandidatur gerechnet wurde, erklärte Hogan jedoch seinen Verzicht. Eines ist sicher: Er wäre der wohl aussichtsreichste europäische Kandidat und auch im engeren Favoritenkreis gewesen. Seine Wahl wäre jedoch sowohl angesichts der ebenfalls starken Konkurrenz als auch aufgrund geopolitischer Überlegungen kein Selbstläufer. Zudem droht eine Hängepartie. Eine Einigung ist frühestens im Spätherbst oder gar zu Jahresbeginn 2021 zu erwarten. Auch ohne „eigenen“ Kandidaten ist davon auszugehen, dass sich am Ende des Auswahlprozesses

¹ Kurze Biographien aller Kandidaten im Anhang.

ses die EU geschlossen hinter einen Kandidaten stellen wird. Aus nicht wenigen europäischen Hauptstädten war zu vernehmen, dass weniger die Herkunft des Kandidaten, sondern vor allem seine Vision für eine Reform der WTO von Bedeutung sei. Einige Beobachter gehen davon aus, dass sich viele EU-Länder mit einem afrikanischen Kandidaten anfreunden könnten.

Das Rennen für die Position scheint völlig offen: Zu den leichten Favoriten werden Amina Mohamed und von vielen auch Ngozi Okonjo-Iweala gezählt. Beide, insbesondere die vormalige Weltbankdirektorin Okonjo-Iweala, sind politische Schwergewichte. Ein wichtiges Kriterium: Die künftige WTO-Spitze muss auf Augenhöhe mit den wichtigsten Staats- und Regierungschefs verhandeln können. Als Minus wird der lange favorisierten nigerianischen Kandidatin allerdings ihre fehlende Handlungsexpertise ausgelegt. Hingegen hat Amina Mohamed als Außenministerin der WTO-Ministerkonferenz 2015 in Nairobi vorgesessen. Beide werden aber mit dem Hindernis zu kämpfen haben, dass aus der afrikanischen Gruppe gleich drei Kandidaten ins Rennen gehen. Nicht weit dahinter wird Yoo Myung-Hee gehandelt. Es folgen Mamdouh und Seade Kuri, die beide als exzellente Fachleute und interne Kenner der WTO angesehen werden. Demgegenüber wird der vergleichsweise wenig erfahrene Uliano vschi als Außenseiter angesehen. Geringere Chancen werden auch al-Tuwajri und dem britischen Kandidaten Liam Fox eingeräumt. Letzterer erfreut sich zwar des demonstrativen Wohlwollens Washingtons, genau dies könnte aber zur Ablehnung u.a. durch China führen. Auch in der EU wird sich die Begeisterung über den Brexit-Hardliner Fox in Grenzen halten.

Die hohe Zahl der Kandidaten, aber auch die schnelle Parteinahme der USA für Fox könnte den Auswahlprozess verzögern. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die WTO-Leitung künftig in den Händen einer Frau (aus Afrika) liegen wird. Jedoch kann die Kandidatenkür zu einem Abnutzungskampf werden, aus dem letztlich ein Kompromisskandidat hervorgehen könnte.

Bis zum 7. September haben die Kandidaten nun Zeit, bei den WTO-Mitgliedstaaten für sich zu werben. Den Auftakt bildeten einzelne Presse-

konferenzen mit den Kandidaten vom 15.-17. Juli. Danach wird ein dreiköpfiges Gremium unter dem Vorsitz des neuseeländischen Botschafters David Walker (Vorsitzender des Allgemeinen Rats der WTO) Konsultationen mit den Mitgliedstaaten führen, um den aussichtsreichsten Kandidaten zu eruieren. Diese Phase soll maximal zwei Monate dauern und würde also am 7. November enden. Einige Beobachter gehen allerdings von einem längeren Prozess aus. Für die Zeit nach dem Rücktritt Azevedos kann der Allgemeine Rat der WTO einen der vier stellvertretenden Generaldirektoren zum Interimschef ernennen. Der Deutsche Karl Brauner hätte hier wohl die besten Chancen.

Das Kandidatenfeld ist insgesamt gut besetzt – sechs der acht Kandidaten waren zuvor Minister, die beiden weiteren Kandidaten gelten als exzellente Kenner der Materie. Entsprechend hart dürfte der Konkurrenzkampf ausfallen. Die Erwartungen sind hoch: Die Kandidaten müssen bei der Vorstellungsrunde ein glaubhaftes Konzept für die Reform der WTO darlegen. Des Weiteren muss die Nachfolge Azevedos das Streitschlichtungssystem reformieren und gordische Knoten bei schwierigen Verhandlungsdossiers zerschlagen – insgesamt eine wahre Herkulesaufgabe. Viele Beobachter warnen, dass in den nächsten Jahren die Zukunft der WTO auf dem Spiel stehe.

Neben der Personaldebatte kommt langsam auch in Verhandlungsdossiers Bewegung: Am 25. Juni legte der Leiter der Fischereiarbeitsgruppe, der kolumbianische WTO-Botschafter Santiago Wills, einen ersten Verhandlungstext vor. Die Zielvorgabe war ursprünglich eine Einigung noch im Jahr 2020 in diesem für die Nachhaltigkeitsagenda (Agenda 2030) entscheidenden Dossier.

Globale Gesundheitsrisiken

Die Zahlen der täglichen COVID-19-Berichte bleiben dramatisch. Weltweit sind über 13 Millionen Fälle und über 570 000 Todesfälle bestätigt, davon ca. die Hälfte in Nord- und Südamerika.

WHO-Austrittsgesuch der USA

Inmitten der Krise musste die WHO einen schweren Rückschlag hinnehmen: Bei der 73. Weltge-

sundheitsversammlung im Mai hatte Präsident Trump mit dem Austritt der USA aus der WHO gedroht – nun leiteten die USA auch offiziell das Austrittsgesuch bei UN-Generalsekretär António Guterres ein. In einem Jahr, zum 6. Juli 2021, würden die USA damit die WHO verlassen. Die USA sind seit dem 21. Juni 1948 Mitglied der WHO. In der damaligen Resolution des US-Kongresses zum Beitritt hieß es, dass die USA sich das Recht für einen Rückzug vorbehielten – allerdings mit einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist, was bedeutet, dass dieser unter einer neuen Regierung oder bei veränderten Umständen rückgängig gemacht werden könnte. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Joe Biden kündigte im Falle seiner Wahl an, die Entscheidung an seinem ersten Amtstag rückgängig zu machen.

US-Präsident Trump beschuldigt die WHO, die internationale Gemeinschaft zu spät über die Gefahr des Coronavirus informiert zu haben und unter der Kontrolle der Regierung in China zu stehen. Der US-Präsident hatte die Zahlungen an die WHO bereits im April eingefroren und damit international Kritik auf sich gezogen. Eine der Bedingungen für den Vollzug des Austritts ist aber die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen gegenüber der WHO. Die USA – mit jährlich mehr als 450 Millionen US-Dollar mit der größte Geldgeber der Organisation – schulden der WHO derzeit rund 200 Millionen US-Dollar an Beiträgen.

Kritiker halten Trump vor, mit seinem Feldzug gegen die WHO und China von eigenen Versäumnissen ablenken zu wollen. Das US-Außenministerium betonte, die USA würden sich weiterhin um eine Reform der WHO bemühen.

Wachsende Rolle Deutschlands in der Globalen Gesundheit

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vermittelte beim gemeinsamen Besuch mit seinem französischen Kollegen Olivier Véran, ein Signal sowohl finanzieller wie politischer Solidarität. Finanziell sagte Deutschland der WHO für dieses Jahr mehr als 500 Mio. Euro und gleichzeitig auch Unterstützung für die Reform der WHO zu. Während des Besuchs verkündete Spahn auch zusätz-

liche 20 Mio. Euro für UNAIDS. Globale Gesundheit wird auch ein zentrales Anliegen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein.

Beginn der Umsetzung der Forderungen der Weltgesundheitsversammlung

Am 6. Juli 2020 entsandte die WHO eine Mission nach China, um eine Untersuchung der Ursprünge von SARS-CoV-2, dem Virus, das COVID-19 verursacht, vorzubereiten. Ziel der Mission ist es, die in einer einstimmig verabschiedeten Resolution der WHA getroffenen Forderung "die zoonotische Quelle des Virus und den Weg der Einschleppung in die menschliche Bevölkerung zu identifizieren, einschließlich der möglichen Rolle von Zwischenwirten". Während die Mehrheit der Forscher davon ausgeht, dass das Virus die Tier-Mensch-Barriere auf einem Feuchtmart in Wuhan übersprungen hat, vermuten einige den Ursprung in einem hochrangigen virologischen Labor. Die wenig öffentlichkeitswirksame Ankündigung unterstreicht die politischen Brisanz der Untersuchung.

Nur drei Tage nach der Entsendung der Mission nach China, gab die WHO auch die Einsetzung des unabhängigen Gremiums für Pandemievorsorge und -reaktion (Independent Panel for Pandemic Preparedness and Response, IPPR) bekannt, das die weltweite Reaktion auf die COVID-19-Pandemie bewerten soll. Das Gremium wird unter dem gemeinsamen Vorsitz zweier international hoch angesehener Persönlichkeiten, der ehemaligen neuseeländischen Premierministerin und ehemaligen UNDP-Direktorin, Helen Clark, und der Friedensnobelpreisträgerin und ehemaligen Präsidentin Liberias, Ellen Johnson Sirleaf, stehen. Sie werden unabhängig arbeiten und andere Mitglieder des Gremiums sowie Mitglieder eines unabhängigen Sekretariats zur Unterstützung auswählen. Das Gremium wird regelmäßig bis zum abschließenden Bericht im Mai 2021 Fortschritte und Zwischenberichte vorlegen.

Kosten der Untätigkeit: Hunderttausende zusätzliche HIV-, TB- und Malaria-Todesfälle drohen

Das Potenzial der Pandemie, einen massiven Rückschlag im Kampf gegen HIV auszulösen, stand im Mittelpunkt der virtuellen AIDS-

Konferenz mit 20.000 Menschen aus 175 Ländern. Ziel: die Neuausrichtung der Anstrengungen auf die 40 Jahre alte Epidemie, um sicherzustellen, dass die jüngsten Erfolge nicht verloren gehen.

Sollten keine Anstrengungen unternommen werden, um die Unterbrechungen der Gesundheitsdienste und -versorgung während der COVID-19-Pandemie zu mildern, rechnet eine von der WHO und UNAIDS einberufene Modellierungsgruppe mit einem Horrorszenario: Eine sechsmonatige Unterbrechung der antiretroviralen Therapie in den Jahren 2020-2021 in Subsahara-Afrika könnte zu mehr als 500.000 zusätzlichen Todesfällen durch AIDS-assoziierte Krankheiten, einschließlich Tuberkulose, führen.

Diese Bekanntgabe ist ein Weckruf, um Wege zur Aufrechterhaltung aller lebenswichtigen Gesundheitsdienste zu finden. Gleichzeitig müssen die weltweiten Lieferungen von Tests und Medikamenten in die besonders betroffenen Länder aufrechterhalten werden. „Die COVID-19-Pandemie darf keine Entschuldigung dafür sein, Investitionen von HIV abzuziehen“, sagte Winnie Byanyima, Exekutivdirektorin von UNAIDS. „Es besteht die Gefahr, dass die hart verdienten Gewinne aus der AIDS-Bekämpfung dem Kampf gegen COVID-19 geopfert werden, aber das Recht auf Gesundheit bedeutet, dass keine Krankheit auf Kosten der anderen bekämpft werden darf.“ 73 Länder haben vor einer Knappheit Antiretroviraler Medikamente (ARV) infolge der COVID-19-Pandemie in ihren Ländern gewarnt. Als Ursachen für die Störungen wurden in der Umfrage u.a. die nicht rechtzeitige Lieferung durch die Lieferanten und die Einstellung des Land- und Lufttransports sowie der eingeschränkte Zugang zu Gesundheitsdiensten innerhalb der Länder infolge der Pandemie genannt.

Aber die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zeigen sich nicht nur bei HIV. Laut dem Globalen Fond kann es nicht nur zu einer Eliminierung von 10 Jahren Fortschritt im HIV-Bereich kommen, sondern auch Tuberkulose (TB)-Todesfälle könnten 2020 um 525.000 zunehmen. Dies würde auch den Kampf gegen TB um 10 Jahre zurückwerfen. Auch die Zahl der Malaria-Todesfälle

könnten bis 2020 um 382.000 zunehmen und damit 20 Jahre Fortschritt zunichtemachen. In den am stärksten von HIV, Tuberkulose und Malaria betroffenen Ländern könnten mehr Menschen an anderen Krankheiten infolge der Pandemie sterben als an dem Virus selbst. Mithin besteht die Herausforderung letztlich darin, die Strategien zur Bekämpfung von COVID-19 so zu konzipieren, dass der Gesamtverlust an Menschenleben möglichst gering ist.

Neuer AMR-Aktionsfonds²

Am 9. Juli wurde virtuell der AMR-Aktionsfonds, eine Initiative der in Genf ansässigen IFPMA, eines internationalen Gremiums, das die pharmazeutische Industrie für Forschung & Entwicklung vertritt (International Federation of Pharmaceutical Manufacturers & Associations), vorgestellt. Beteiligt sind mehr als 20 führende biopharmazeutische Unternehmen. Die Partnerschaft zielt darauf ab, Patienten bis 2030 zwei bis vier neue Antibiotika zur Verfügung zu stellen. Diese Behandlungen werden dringend benötigt, um dem rapiden Anstieg antibiotikaresistenter Infektionen – auch als antimikrobielle Resistenz oder AMR bezeichnet – entgegenzuwirken. Die Unternehmen haben bisher fast eine Milliarde US-Dollar an neuen Finanzmitteln aufgebracht, um die klinische Forschung nach innovativen neuen Antibiotika zu unterstützen, die gegen die resistentesten Bakterien und lebensbedrohliche Infektionen gerichtet sind. Über den AMR-Aktionsfonds werden sich Pharmaunternehmen mit Philanthropen, Entwicklungsbanken und multilateralen Organisationen zusammenschließen, um die Entwicklung von Antibiotika zu stärken und zu beschleunigen. AMR ist eine sich abzeichnende globale Krise, die das Potenzial hat, COVID-19 in Bezug auf Todesfälle und wirtschaftliche Kosten in den Schatten zu stellen. In einigen der Worst-case-Szenarien wird geschätzt, dass AMR bis 2050 bis zu 10 Millionen Menschenleben pro Jahr fordern könnte.

„Im Gegensatz zu COVID-19 handelt es sich bei AMR um eine vorhersehbare und vermeidbare Krise. Wir müssen gemeinsam handeln, um sicherzustellen, dass die vielversprechendsten und

² Mehr Informationen finden sich [hier](#).

innovativsten Antibiotika es vom Labor zu den Patienten schaffen", sagte Thomas Cueni, Generaldirektor der IFPMA. Mit dieser Investition von führenden biopharmazeutischen Unternehmen wird der AMR-Aktionsfonds das größte kollektive Unternehmen sein, das je zur Bekämpfung der AMR gegründet wurde.

Eine verdrängte Krise – neuer UNHCR-Bericht zu globalen Flüchtlingstrends

Der jährliche Bericht des UNHCR zu globalen Flüchtlingstrends³ zeigt für 2019 einen starken Anstieg der Flüchtlingszahlen: Flucht ist kein vorübergehendes Phänomen und droht aufgrund neuer Konflikte, akuter Nahrungsmittelunsicherheit oder des Klimawandels weiter anzusteigen. Mit 79,5 Millionen Menschen sind erstmals über 1% der Weltbevölkerung auf der Flucht, fast doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig nimmt die Reichweite von Lösungsoptionen, wie etwa Rückkehr, Umsiedlung in Drittländer oder würdige Integration in Aufnahmeländern weiter ab. Filippo Grandi, UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, verwies daher mehrfach auf die Dringlichkeit politischer Konfliktlösungen.

Kontroversen im Menschenrechtsrat

Es war ein Rat, den man nicht so schnell vergessen wird – mit diesen Worten beschloss Elisabeth Tichy-Fisslberger den 43. Menschenrechtsrat am 23. Juni. Ursprünglich auf vier Wochen terminiert, wurde er nach seinem Beginn Ende Februar bereits am 13. März aufgrund von COVID-19 suspendiert. Es folgten langwierige Verhandlungen mit einigen Hardliner-Staaten bezüglich einer Wiederaufnahme. Nachdem dies in hybrider Form Mitte Juni endlich gelang, initiierte die afrikanische Gruppe angesichts der Ermordung des US-Amerikaners George Floyd eine historische Dringlichkeitssitzung⁴ zu Rassismus und Polizeigewalt. Ein erster Resolutionsentwurf sah die

Etablierung einer unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zu Rassismus insbesondere in den USA vor, die seit 2018 kein Mitglied im Menschenrechtsrat mehr ist. Eine solche Untersuchungskommission wäre die erste ihrer Art in der westlichen Welt gewesen. Auf Drängen u.a. von Australien, Italien, Polen, Deutschland und der EU wurde die Resolution mit dem Verweis abgeschwächt, dass ein nicht länderspezifischer, breiterer Ansatz zielführender sei. Die im Konsens verabschiedete Resolution⁵ erwähnt die USA nicht mehr ausdrücklich. Zudem wird die Hochkommissarin für Menschenrechte, Bachelet, aufgerufen, regelmäßig zum Thema zu berichten und u.a. strukturellen Rassismus gegenüber Afrikanern und Menschen afrikanischer Herkunft seitens Sicherheitskräften, sowie staatliche Reaktionen auf Anti-Rassismus-Proteste zu untersuchen.

Des Weiteren konnte für Libyen eine Untersuchungskommission etabliert werden, welche Verletzungen internationaler Menschenrechtsnormen und des Internationalen Völkerrechts seitens aller Parteien seit 2016 untersuchen soll⁶.

Den Auftakt der sich fast nahtlos anschließenden 44. Sitzung bildete ein globaler Lagebericht zu COVID-19. Laut Bachelet gleiche die Pandemie einer Wärmebildkamera, welche das systematische Versagen, Menschenrechte aufrechtzuerhalten, schonungslos aufdecke. Vor allem die Beschränkung politischer Rechte in China, Russland, dem Kosovo, Nicaragua, Ägypten und El-Salvador seien besorgniserregend. Kritisch äußerte sich Bachelet auch zu Belarus, Brasilien, Tansania und den USA. COVID-19 rufe nach mehr, nicht weniger Rechten und politischer Führung, die evidenzbasiert und transparent vorgehe. Positiv wurden Maßnahmen für besonders betroffene Gruppen in Südkorea, Australien, Costa Rica, Panama, die Rolle der Europäischen Kommission und Dänemarks für die Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Konjunkturpaketen hervorgehoben. In den einkommensschwächsten Ländern, v.a. im Jemen, Syrien, der Sahelregion, Südsudan, Haiti und Simbabwe

³ Der Bericht findet sich [hier](#). Die wichtigsten Trends finden sich zusammengefasst [hier](#).

⁴ Die Dringlichkeitssitzung ist die fünfte seit Gründung des Rates. Die bisherigen Sitzungen bezogen sich auf das türkische Hilfsgüterschiff Mavi-Marmara (2010) sowie drei auf Vorfälle in Syrien (2012, 2013, 2018).

⁵ Die angenommene Fassung findet sich [hier](#), die Resolutionsentwürfe im [Extranet](#).

⁶ Die Resolution findet sich [hier](#).

drohen mehrere zehn Millionen Menschen in extreme Armut abzustürzen. Werde nicht rasant umgesteuert, stünden nicht nur Entwicklungsgewinne mehrerer Jahrzehnte auf dem Spiel, sondern auch die Nachhaltigkeitsagenda⁷.

Einen neuen Bericht⁸ stellte die Untersuchungskommission zu Syrien vor. Er deckt den Zeitraum von November 2019 bis Juni 2020 ab und wirft allen Parteien in der Provinz Idlib und Umgebung Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Insbesondere die systematischen Angriffe von syrischer und russischer Seite auf Zivilisten und zivile Infrastruktur, u.a. unter dem Einsatz von Streumunition, zog eine massive und vorhersehbare Fluchtwelle von mehr als einer Million Menschen innerhalb von nur drei Monaten nach sich. Angriffen auf Schulen, Märkte, Kliniken und Gesundheitsarbeiter zählten mittlerweile zur Kriegsstrategie. Während der Debatte zum Bericht stellten syrische und russische Delegierte entsprechend die Objektivität der Ergebnisse und der Kommission als Ganzes in Frage, andere sprachen sich für eine Lockerung oder Aussetzung sektoraler Sanktionen aus.

Eine Resolution zur Lage in Xinjiang oder zu Hongkong hätte keine Aussicht auf eine Mehrheit im Menschenrechtsrat – zu viele Mitglieder würden auch mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu China blockieren oder sich enthalten. Dennoch nutzte das Vereinigte Königreich den Menschenrechtsrat, um sich im Namen von 27 Staaten kritisch zu den Vorgängen in Hongkong und Xinjiang zu äußern. Kuba unterstützte hingegen im Namen von 52 Staaten das Vorgehen Chinas in Hongkong und Belarus begrüßte im Namen von 46 Ländern Chinas Ansatz in Xinjiang⁹.

Humanitäres

Dem auch von zahlreichen Genfer Organisationen unterstützten Aufruf des UN-Generalsekretärs zu einer globalen Waffenruhe angesichts der COVID-19 Pandemie sind mittler-

weile mehr als 170 Staaten beigetreten. Zuletzt pflichtete auch der UN-Sicherheitsrat dem Aufruf am 1. Juli bei. Tatsächliche Waffenruhen wurden jedoch nur vorübergehend und lediglich unilateral in 19 Fällen und bi-/multilateral in 2 Fällen ausgerufen¹⁰. In den meisten Konfliktregionen, etwa in Syrien, Jemen, Nigeria, DR-Kongo oder Afghanistan halten die Kämpfe unvermindert an oder und nehmen sogar an Fahrt auf, wie insbesondere in Libyen zu beobachten ist. Dies mag u.a. am relativ umfassenden und präventiven Charakter der COVID-19-Waffenruhen liegen, welche anders als humanitäre Waffenruhen nicht zeitlich und räumlich begrenzt sind und sich nur schwerlich überwachen lassen.

Für Ende der Woche wird zudem eine Aktualisierung des Globalen Humanitären Reaktionsplan zu COVID-19 erwartet. Aus einem Entwurf geht bereits hervor, dass der Aufruf um über 50% auf über 10 Mrd. US-Dollar im Vergleich zu Mai (6,7 Mrd. US-Dollar) steigen wird. Bisher gingen lediglich 1,7 Mrd. US-Dollar ein. Laut des Sprechers des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) in Genf sei angesichts der Dimension der Krise – die schlimmste innerhalb eines halben Jahrhunderts – die Antwort bisher ungenügend.

Online-Gipfel zur Zukunft der Arbeit

Der 5. ILO-Bericht zu den Entwicklungen zu COVID-19 wartet erneut mit dramatischen Zahlen auf: 93% aller Arbeitnehmer sind von Lockdowns betroffen und im zweiten Quartal brachen die Arbeitsstunden um 14% (ca. 400 Millionen Vollzeitjobs) ein. Selbst im besten Fall wird das Vorkrisenniveau bis Ende des Jahres verfehlt. Entsprechend lud die ILO Arbeitgeber, Arbeitnehmer, mehr als 50 Staats-, Regierungschefs und Minister und Vertreter Internationaler Organisationen Anfang Juli zum Online-Gipfel ein. Im Fokus standen die Bedürfnisse der in der informellen Wirtschaft tätigen Menschen, sowie die Notwendigkeit, Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung und Klimawandel ins Zentrum des Erho-

⁷ Der Abschlussbericht des Sonderberichterstatters zu extremer Armut und Menschenrechten findet sich [hier](#).

⁸ Der Bericht findet sich [hier](#).

⁹ Eine grafische Darstellung mit einer Übersicht der jeweiligen Länder findet sich [hier](#).

¹⁰ Ein COVID-19-Tracker, welcher Fortschritte bei Waffenruhen mit aktuellen Infektionsraten verknüpft, findet sich [hier](#).

lungsprozesses zu stellen sowie die internationale Gemeinschaft neu auf die Umsetzung der Agenda 2030 zu verpflichten. In ihrem Grußwort betonte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Bedeutung der auch von der ILO regelmäßig postulierten Einbindung der Sozialpartner und lobte auch die von der ILO im Rahmen der Pandemie erlassenen Leitlinien zum Arbeitsschutz.

Kommentar & Ausblick

Das rechtzeitige Knüpfen von Allianzen und das Schmieden von Mehrheiten ist im multilateralen Genf entscheidend, um personalpolitische Vorstellungen und Interessen erfolgreich durchzusetzen. Mithin sind sich zahlreiche europäische Vertreter in Genf über die Bedeutung einer strategischen Abstimmung beispielsweise mit der in Genf gewichtigen afrikanischen Gruppe bewusst. Hinter dem Verzicht auf einen eigenen Kandidaten für den Posten des Generaldirektors der WTO und die Unterstützung einer nichteuropäischen (*vielleicht afrikanischen?*) Kandidatur steht mithin nicht fehlender globaler Ehrgeiz der EU, sondern eine langfristige strategische Überlegung: Wer auch immer der nächste Generaldirektor der WTO wird, wird ohnehin zu einem gewissen Grad vom Gestaltungsspielraum abhängig sein, den die Mitgliedstaaten ihm gewähren möchten. Entscheidend wird es nach kundigen Beobachtern auch sein, dass sich angesichts einer wachsenden US-China-Rivalität in multilateralen Fora die Unterstützter des regelbasierten Handels und einer ehrgeizigen WTO-Agenda besser koordinieren. Nicht zuletzt aufgrund ihres Ansehens in der WTO, wie auch ihres hohen Anteils am WTO-Haushalt ist die EU künftig vielleicht noch mehr als bislang ein absoluter Schlüsselspieler; Genfer Beobachter schätzen, dass sie ihr Potential diesbezüglich noch nicht ausgeschöpft hat.

Mit hohen Erwartungen sieht sich auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in Genf konfrontiert: In vielen internationalen Organisationen in Genf wird das deutsche politische und finanzielle Engagement gerade in dieser Krisenzeit sehr hoch geschätzt. Dies gilt nicht zuletzt auch in der WHO, wo der Besuch von Jens Spahn ein wichtiges Signal war. Gleichzeitig erwartet Deutschland aller-

dings von der WHO durchaus eine konstruktive Rolle bei Reformforderungen und einer kritischen Evaluierung des Krisenmanagements. Durch sein erhebliches politisches und finanzielles Engagement hat Deutschland in jedem Fall einen wichtigen Hebel, mit dem es eigenen Werte- und Reformvorstellungen Nachdruck verleihen kann und sollte.

Bemerkenswert sind die Bemühungen des Vereinigten Königreichs, seine globale Ambition im multilateralen Gefüge deutlich zu machen, insbesondere auch nach dem Brexit. So ist möglicherweise die für viele Beobachter überraschende Kandidatur von Liam Fox als WTO-Chef zu verstehen. In anderen Institutionen versucht sich London ebenfalls sichtbar zu positionieren. Im Menschenrechtsrat tritt das Vereinigte Königreich häufig als prominenter Verteidiger der Werte des globalen Westens auf, nun mit der China-kritischen Stellungnahme zu Xinjiang und Hongkong.

Gerade im Menschenrechtsrat wurde jedoch auch bei dieser Sitzung erneut Chinas enormer Einfluss sichtbar, wie die Peking-freundlichen Statements von Kuba und Belarus zeigten. Gleichzeitig setzt China seine Strategie fort, in von der Öffentlichkeit wenig beachteten „technischen“ Organisationen führende Positionen zu belegen: So wird das neu geschaffene technische Komitee für globale Lithium-Standards der International Organisation für Normung (ISO) demnächst ebenfalls von China angeführt.

Anhang

Bewerber für den Posten des WTO-Generalsekretärs

Jesús Seade Kuri (Mexiko)

Jesús Seade Kuri (geb. 1946) verfügt über einen langjährigen Hintergrund bei GATT, WTO, IWF sowie bei der Weltbank. Seade war mexikanischer Botschafter bei der GATT und vertrat Mexiko ebenfalls als Verhandlungsführer in der Uruguay-Runde. Von 1994 bis 1998 hatte Seade das Amt des stellvertretenden Generaldirektors der WTO (1994-1998) inne. Derzeit ist er Unterstaatssekretär für Nordamerika im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten.

Ngozi Okonjo-Iwela (Nigeria)

Ngozi Okonjo-Iwela (geb. 1954) gehört der demokratischen Volkspartei an. Sie verfügt über langjährige Erfahrungen in den Bereichen der globalen Finanzen, Ökonomie sowie internationaler Entwicklung in den Regionen Asien, Afrika, Europa, Latein- und Nordamerika. Okonjo-Iwela war Finanzministerin (2003 bis 2006, 2011 bis 2015) Nigerias und übte 2006 das Amt der Außenministerin aus. In ihrer 25-jährigen Karriere bei der Weltbank hatte sie sowohl die Position des ‚Managing Directors‘ sowie der Präsidentin inne. Seit 2015 ist sie unter anderem Vorsitzende der Impfallianz Gavi.

Tudor Ulianoschi (Republik Moldau)

Tudor Ulianoschi (geb. 1983) war von 2018 bis 2019 Außenminister der Republik Moldau. Zuvor absolvierte er eine 15-jährige Karriere als Diplomat in Washington, Doha und Genf. Von 2016 bis 2018 war Ulianoschi ständiger Vertreter der Republik Moldau bei der UN sowie WTO ebenso wie Botschafter in der Schweiz und in Liechtenstein.

Abdel-Hamid Mamdouh (Ägypten)

Abdel-Hamid Mamdouh (geb. 1953) verfügt über eine langjährige Erfahrung bei der GATT sowie der WTO. Er wurde 1985 zum Handelsunterhändler Ägyptens für die GATT ernannt sowie zum Assistenten des stellvertretenden Generaldirektors. Mamdouh hatte das Amt des Leiters der Abteilung für Handel mit Dienstleistungen und Investitionen der WTO inne. Weiterhin war er ebenso in den ägyptischen Botschaften in Äthiopien, Australien und der Schweiz sowie im Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel in der Abteilung für bilaterale Handelsbeziehungen (1976-1979) tätig. Derzeit arbeitet er als Senior-Berater bei der amerikanischen Firma King & Spalding in Genf.

Yoo Myung-Hee (Republik Korea)

Yoo Myung-Hee (geboren 1967) verfügt über einen langjährigen Hintergrund beim südkoreanischen Ministerium für Handel, Industrie und Energie. Dort war sie unter anderem stellvertretende Ministerin im Rahmen der FTA-Verhandlungen und übernahm die Leitung der WTO-Angelegenheiten. Yoo hat seit 2019 das Amt der Handelsministerin inne. Weiterhin war Yoo als leitende Sekretärin und später als Beraterin in der koreanischen Vertretung in China tätig (2007-2010). Sie leitete die Neuverhandlungen in mehreren regionalen und bilateralen Handelsabkommen, u.a. zu einem Handelsabkommen mit den USA.

Amina C. Mohamed (Kenia)

Amina C. Mohamed (geb. 1962) gehört der Jubilee-Partei an. Sie war zuvor Kenias Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und internationalen Handel. In dieser Funktion leitete sie die WTO-Ministerkonferenz 2015 in Nairobi. Derzeit hat sie das Amt der Ministerin für Sport, Kultur und Erbe inne. Mohamed war bereits Kenias ständige Vertreterin bei der WTO (2000-2006) und war die erste Frau, die den Vorsitz des Generalrates und dem Streitschlichtungsgremium übernahm.

**Mohammad Maziad Al-Tuwajri
(Saudi-Arabien)**

Mohammad Maziad Al-Tuwajri hatte mehrere Führungspositionen in lokalen und internationalen Banken sowie in privaten und öffentlichen Institutionen inne. Weiterhin war er Generalsekretär des Finanzausschusses am Royal Court sowie Vorsitzender und Mitglied diverser Ausschüsse und Regierungsräte. Al-Tuwajri war darüber hinaus von 2017 bis 2020 Vizeminister für Wirtschaft und Planung. Im März 2020 wurde er zum Berater des königlichen Hofes ernannt.

Liam Fox (Vereinigtes Königreich)

Liam Fox (geb. 1961) gehört den britischen Konservativen an. Er ist seit 1992 Mitglied des britischen Unterhauses. Von 2003 bis 2005 war er Co-Vorsitzender der britischen Konservativen. Fox war Verteidigungsminister (2010-2011). Als internationaler Handelsminister (2016-2019) setzte sich Fox für einen harten Brexit-Kurs ein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek
Leiter Multilateraler Dialog Genf
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)